

Arbeitskräftebedarf nach Berufen und betrieblicher Berufsausbildung in Berlin bis zum Jahre 2010 ....	211
Zahnärzte: Trend abnehmender Einkommen setzt sich fort .....	217

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 13/97

Berlin

Stöglin

27. März 1997

64. Jahrgang

### Arbeitskräftebedarf nach Berufen und betrieblicher Berufsausbildung in Berlin bis zum Jahre 2010

*Im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat das DIW die Entwicklung des Bedarfs an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften in Berlin vorausgeschätzt. Grundlage ist eine bereits früher vorgestellte Projektion der Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin bis zum Jahre 2010<sup>1</sup>.*

*Von 1995 bis 2010 wird sich bei der Gesamtbeschäftigung ein leichter Rückgang um etwa 30 000 Personen vollziehen. Davon betroffen sind vor allem die gewerblichen Berufe, während bei den meisten Dienstleistungsberufen eine Steigerung zu erwarten ist. Bei den betrieblich Ausgebildeten ist ein Mehrbedarf von etwa 100 000 Arbeitskräften bis zum Jahre 2010 zu erwarten. Dieser zusätzliche Bedarf konzentriert sich auf die Dienstleistungsberufe, vor allem auf die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe.*

#### Problemstellung und Untersuchungsansatz

In Berlin vollzieht sich seit der Wiedervereinigung ein tiefgreifender Wandel in der Wirtschaftsstruktur mit Rückwirkungen vor allem auf die Beschäftigung. Dabei hat insbesondere die Industrie deutliche Beschäftigungseinbußen zu verzeichnen.

In dieser Situation stellt sich die Frage nach der künftigen Entwicklung der Berufsstruktur, die Orientierung insbesondere für die betriebliche Ausbildung sein kann. Analysen für die Vorausschau orientieren sich weitgehend an Daten und Strukturentwicklungen in der Vergangenheit. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich durch die technische und gesellschaftliche Entwicklung neue Berufsbilder herausbilden werden. Deshalb wurde versucht, Projektionen auch nach Berufen vorzunehmen, die dann allerdings nur in einer groben Strukturierung zu vertreten sind. Dabei werden amtliche Kategorien von Berufszusammenfassungen verwendet, denen jeweils auch neue Berufe zuzuordnen wären.

Der Bedarf an Arbeitskräften kann betrachtet werden

- als Gesamtbedarf, also der Summe aller in einer bestimmten Region erforderlichen Arbeitskräfte, der sich aus der Nachfrage nach regionalen Gütern und Diensten einerseits und dem verwendeten Produktionsverfahren (Produktionsfunktionen) andererseits ergibt;
- als Neubedarf, wobei vom Gesamtbedarf die jeweiligen Abgänge an Arbeitskräften abgezogen werden. Die Abgänge resultieren aus Mortalität, Verrentung (Alters-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente), Phasenerwerbsfähigkeiten vor allem bei Frauen, Rückkehr in das Bildungssystem, Wechsel in die Privatsphäre und Ortswechsel sowie — in struktureller Hinsicht — Wechsel des Berufs und/oder des Wirtschaftszweigs;
- als Differenz zwischen Angebot und Nachfrage. Hierbei wird dem Neubedarf der Zugang an Arbeitskräften aus

<sup>1</sup> Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer: Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/96.

Tabelle 1

## Bedarf an Arbeitskräften nach Wirtschaftszweigen in Berlin von 1995 bis 2010

Wirtschaftszweige	1995	2000	2005	2010	Veränderungen 2010 / 1995	
					in 1 000	in vH
Land- und Forstwirtschaft	11,4	10,5	9,5	9,0	-2,4	-21,1
Produzierendes Gewerbe	371,0	351,5	333,0	316,0	-55,1	-14,8
Energie- und Wasserversorgung	20,4	19,5	18,0	16,0	-4,4	-21,6
Verarbeitendes Gewerbe	205,6	177,0	160,0	145,0	-60,6	-29,5
Chemische Industrie	14,0	13,2	12,4	11,7	-2,3	-16,4
Elektrotechnik	52,0	45,0	40,0	36,0	-16,0	-30,8
Maschinenbau	18,2	15,3	13,2	11,7	-6,5	-35,7
Straßenfahrzeugbau	16,8	16,0	16,0	15,6	-1,2	-7,1
EBM-Waren	5,8	5,2	4,8	4,4	-1,4	-24,1
Druck	10,4	10,1	9,8	9,5	-0,9	-8,7
Kunststoffverarbeitung	6,0	5,5	5,0	4,8	-1,2	-20,0
Papier- und Pappeverarbeitung	4,3	3,8	3,2	2,7	-1,6	-37,2
Ernährungsgewerbe	19,8	17,8	15,8	14,3	-5,5	-27,8
Tabakverarbeitung	3,9	3,5	3,2	2,9	-1,0	-25,6
Sonstige Gewerbezeige	54,4	41,6	36,6	31,4	-23,0	-42,3
Baugewerbe	145,1	155,0	155,0	155,0	9,9	6,8
Handel und Verkehr	289,1	285,0	280,0	275,0	-14,1	-4,9
Handel	176,3	174,0	171,0	168,0	-8,3	-4,7
Verkehr, Nachrichten	112,8	111,0	109,0	107,0	-5,8	-5,1
Dienstleistungsunternehmen	423,8	445,0	472,5	500,0	76,2	18,0
Kreditinstitute, Versicherungen	41,1	42,0	43,0	44,0	2,9	7,1
Sonstige Dienstleistungen	382,7	403,0	429,5	456,0	73,3	19,2
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck	417,0	400,0	390,0	380,0	-37,0	-8,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	320,8	300,0	285,0	270,0	-50,8	-15,8
Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte	96,2	100,0	105,0	110,0	13,8	14,3
Gesamtwirtschaft	1 512,3	1 492,0	1 485,0	1 480,0	-32,4	-2,1

Quellen: 1995 teilweise Angaben aus der VGR, sonst Schätzungen des DIW.

dem Ausbildungssystem gegenübergestellt, und in einer Arbeitskräftebilanz nach ausgewählten Strukturmerkmalen (Qualifikationsniveau, Berufskategorie) wird der künftige (Mehr-)Bedarf oder auch Überschuß ermittelt. Der Ausgleich ist dann denkbar durch Migration, spezielle Aus- und Weiterbildungsaktivitäten, Arbeitslosigkeit oder arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Diese Untersuchungsansätze unterscheiden sich im Umfang erheblich; die aufwendigeren Analysen wurden vom DIW in den 70er Jahren für den Westteil Berlins im Auftrag des Berliner Senats durchgeführt<sup>2</sup>. Die vorliegende Studie setzt diese Untersuchungen für das vereinte Berlin fort, beschränkt sich aber auf die Ermittlung des Gesamtbedarfs. Dabei wird in einzelnen Schritten zunächst der Bedarf nach Wirtschaftszweigen, dann nach beruflichen Kategorien und schließlich nach der Qualifikation „betrieblich ausgebildet“ bestimmt.

Grundlage der Vorausschätzung ist eine Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin bis zum Jahre 2010

nach Wirtschaftszweigen<sup>3</sup>. Das künftige gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzangebot wird aus dieser Projektion übernommen (Tabelle 1). Für das Basisjahr 1995 wurden die Eckwerte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Berlin verwendet, die vom Statistischen Landesamt Berlin zur Verfügung gestellt worden sind. Detailliertere Angaben sind dann auf der Grundlage der Beschäftigtenstatistik geschätzt worden.

Zusätzlich zu dieser Strukturrechnung wurden Berliner Betriebe nach ihrem Arbeitskräftebedarf allgemein und

<sup>2</sup> Vgl. Armin Hegelheimer und Gernot Weißhuhn: Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt. Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 29, Berlin 1974. — Klaus-Peter Gaulke: Arbeitskräftenachwuchs in West-Berlin. Vorausschau auf das Neuangebot an beruflichen Qualifikationen bis zum Jahre 1980. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 19, Berlin 1972. — Derselbe: Langfristiger Bedarf an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften in Berlin (West). Gutachten des DIW im Auftrag des Senators für Arbeit und Soziales, Berlin, im Juli 1979 (unveröffentlicht).

<sup>3</sup> Vgl. Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer, a.a.O.

auch speziell nach dem Fachkräftebedarf befragt. Die Annahmen der sekundärstatistischen Berechnungen sind mit den Befragungsergebnissen abgestimmt worden.

### Perspektiven des Arbeitskräftebedarfs nach Berufen

Zur Ermittlung der Berufsstruktur innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige standen erstmals Daten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für Gesamt-Berlin zum Stichtag 30. Juni 1995 (Basisstruktur) zur Verfügung. Die Beschäftigtenstatistik enthält allerdings lediglich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also nicht die Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten und geringfügig Beschäftigten. Im gewerblichen Sektor ist die Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durchaus hinreichend repräsentativ für die Gesamtzahl der jeweiligen Erwerbstätigen. Dies gilt allerdings nicht für die Bereiche Verkehr, Nachrichten, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbszweck. Hier wurden für

Beamte, die normalerweise Ausbildungen außerhalb der betrieblichen Berufsausbildung benötigen, auf der Grundlage des Mikrozensus vom April 1994, der Volks- und Berufszählung 1987 sowie der Finanzstatistik vom 30. Juni 1994 zusätzliche Schätzungen durchgeführt und in den entsprechenden Bereichen bei den sonstigen Berufen berücksichtigt.

Die Berufsstruktur wird auf dieser Basis bis zum Jahre 2010 vorausgeschätzt. Schätzgrundlage sind eigene Auswertungen der Beschäftigtenstatistik für die Regionen Berlin (West), das Bundesgebiet (West) sowie Zusammenfassungen ausgewählter Kernregionen westdeutscher Großstädte<sup>4</sup>. Auf dieser Basis sind die Beschäftigtenzahlen

<sup>4</sup> Kernstädte Hamburg, Bremen, Hannover, Bielefeld, Stuttgart und München, Agglomeration Ruhr (Kerngebiet Essen, Dortmund, Duisburg), Agglomeration Rhein (Kerngebiet Köln, Düsseldorf), Agglomeration Rhein/Main (Kerngebiet Frankfurt/Main), Agglomeration Rhein/Neckar, Kerngebiete Karlsruhe, Nürnberg, Saarbrücken, Berlin(West).

Tabelle 2

Bedarf an Arbeitskräften nach Berufen in Berlin von 1995 bis 2010

Berufskategorien	1995	2000	2005	2010	Veränderungen 2010 / 1995	
					in 1 000	in vH
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	19,7	19,2	18,5	18,2	-1,5	-7,7
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1,2	1,0	1,0	0,9	-0,4	-29,0
Keramiker, Glasmacher	1,2	1,0	0,9	0,8	-0,4	-31,3
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	8,3	7,4	6,7	6,2	-2,1	-25,6
Papierhersteller, -verarbeiter	4,0	3,7	3,5	3,2	-0,8	-19,0
Drucker	7,1	7,0	6,9	6,8	-0,3	-4,2
Holzbearbeiter	10,3	9,3	8,9	8,5	-1,8	-17,1
Metallerzeuger, -bearbeiter	12,3	10,5	9,3	8,3	-4,0	-32,3
Schlosser, Mechaniker, zugehörige Berufe	76,1	72,6	70,1	67,5	-8,6	-11,2
Elektriker	37,2	36,5	35,6	34,8	-2,4	-6,3
Textil-, Bekleidungsberufe	5,3	4,5	4,2	3,9	-1,4	-25,8
Lederhersteller, Leder-, Fellverarbeiter	1,2	1,0	0,9	0,8	-0,4	-32,3
Ernährungsberufe	36,6	36,8	37,4	38,2	1,6	4,4
Bauberufe (ohne Bauhilfsberufe)	41,2	42,1	40,9	39,7	-1,5	-3,7
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	10,8	11,5	11,8	12,1	1,3	12,0
Maler, Lackierer, verwandte Berufe	17,0	17,6	17,6	17,5	0,5	3,0
Techniker	47,4	46,1	45,2	44,2	-3,2	-6,7
Technische Sonderfachkräfte	11,7	11,8	12,0	12,2	0,5	3,8
Warenkaufleute	109,3	105,8	102,4	99,2	-10,1	-9,2
Dienstleistungskaufleute, zugeh. Berufe	48,4	49,8	51,4	53,0	4,6	9,5
Verkehrsberufe	61,3	61,0	60,7	60,4	-0,9	-1,5
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	319,6	322,9	330,0	337,4	17,8	5,6
Publizisten, Dolmetsch., Bibliothekare	10,5	10,6	10,7	10,9	0,4	3,5
Künstler und zugeordnete Berufe	13,0	13,1	13,3	13,5	0,5	3,5
Ärztliche Assistenz	34,9	36,7	39,1	41,5	6,5	18,7
Körperpfleger	11,9	12,4	13,2	13,8	1,9	16,1
Gästebetreuer	23,4	23,8	24,5	25,1	1,7	7,3
Hauswirtschaftliche Berufe	7,1	7,2	7,4	7,5	0,5	6,5
Reinigungsberufe	60,8	60,3	60,4	60,3	-0,5	-0,8
Sonstige Berufe	463,5	448,9	440,7	433,5	-29,9	-6,5
Insgesamt	1 512,3	1 492,0	1 485,0	1 480,0	-32,3	-2,1

Quelle: Schätzungen des DIW.

nach Wirtschaftszweigen in die Dimension Berufe transformiert worden.

Die Ergebnisse der Berechnungen sind in Tabelle 2 enthalten. Sie zeigen Rückgänge des Beschäftigtenbedarfs bei den meisten gewerblichen Berufen und bei Warenkaufleuten. Der relativ bedeutsame Rückgang bei den „sonstigen Berufen“ spiegelt den Bedeutungsabfall des in dieser Gruppe überwiegend vorhandenen Personenkreises der nicht oder wenig qualifizierten Arbeitskräfte wider.

Schwerpunkte künftigen Bedarfs liegen nach diesen Berechnungen bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen, bei ärztlichen Assistenzberufen sowie bei Dienstleistungskaufleuten.

### **Perspektiven des Bedarfs an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften**

Für die Schätzung des Bedarfs an betrieblich Ausgebildeten, die auf den vorangegangenen Berechnungen des Bedarfs nach Berufen aufbaut, sind aktuelle Daten und Vorausschätzungen der Anteile betrieblich Ausgebildeter innerhalb der einzelnen Berufskategorien erforderlich. Für diese Anteile gibt es gegenwärtig allerdings keine direkte statistische Erhebung. Bisher werden Merkmale der Erwerbstätigen bzw. der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erhoben, die nur indirekt Rückschlüsse auf die Arbeitsplatzanfordernisse zulassen. So haben selbst Hilfskräfte und Akademiker teilweise (auch) eine betriebliche Berufsausbildung, obwohl dies für ihre Tätigkeit oft zwar nützlich, aber nicht Voraussetzung ist.

Als Datengrundlage dienen Angaben aus der Volks- und Berufszählung 1987 und der Beschäftigungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für die Jahre 1994 und 1995. Für die Jahre bis 1994 gibt es nur Angaben für die alten Bundesländer einschließlich Westberlins, für 1995 liegen Daten der Beschäftigtenstatistik auch für Gesamt-Berlin und das gesamte Bundesgebiet vor. Abgerundet wurde die Schätzgrundlage durch eine Unternehmensbefragung.

Auf der Basis der Beschäftigtenstatistik lag der durchschnittliche Anteil betrieblich Ausgebildeter, Berufsfachschul- und Fachschulabsolventen in der Ausgangssituation in Berlin um etwa 6 bis 8 vH-Punkte unter dem Durchschnitt in den alten Bundesländern. Dort ist bis zum Jahre 2010 eine Zunahme des Anteils um etwa 3 vH-Punkte zu erwarten<sup>5</sup>. Unter der Annahme, daß sich bis zum Jahre 2010 die Verhältnisse in der Stadt etwa denen in den alten Bundesländern insgesamt annähern<sup>6</sup>, ist in Berlin eine Zunahme des Anteils der Arbeitsplätze für betrieblich Ausgebildete um etwa 8 vH-Punkte zu erwarten, von 39,1 vH im Jahre 1995 auf 46,7 vH im Jahre 2010. Dabei wurde ein etwas überdurchschnittlicher Anstieg bei den in der Statistik auch enthaltenen, aber hier nicht mit einzubeziehenden Berufsfachschulabsolventen berücksichtigt.

Von zentraler Bedeutung ist bei dieser Berechnung die Annahme, daß das erforderliche Qualifikationsniveau der Arbeitsplätze in den alten Bundesländern im Jahre 2010

auch in Berlin erreicht wird. So macht die Zunahme des Anteils betrieblich Ausgebildeter um nur 1 vH einen Mehrbedarf von rund 15 000 Arbeitskräften aus. Insgesamt ergibt sich daraus eine Zunahme des Bedarfs an betrieblich Ausgebildeten, auch wenn der Bedarf an Arbeitskräften insgesamt abnimmt.

Die Arbeitsplatzstruktur ist in den alten Bundesländern in überwiegenderem Maße unter Wettbewerbsbedingungen entstanden. Weder für Westberlin, dessen Wirtschaftsstruktur durch die Insellage und durch die besondere staatliche Förderung stark geprägt war, noch für Ostberlin oder die ostdeutschen Länder traf dies in vergleichbarem Maße zu. In Berlin werden jedoch mehr und mehr die gleichen Wettbewerbsbedingungen wie in den alten Ländern herrschen und die Struktur prägen. Deshalb dürften sich auch die Qualifikationserfordernisse an die Arbeitsplätze angleichen, sich die Verhältnisse in der Stadt also „normalisieren“. Dabei würde die Übertragung der heutigen westdeutschen Verhältnisse eher zu einer Unterschätzung führen, denn es ist davon auszugehen, daß auch in den alten Bundesländern der Anteil betrieblich Ausgebildeter am Arbeitskräftebedarf weiter zunimmt.

Die Ergebnisse der Berechnungen sind in Tabelle 3 angegeben. Ihnen liegen neben den Veränderungen beim Bedarf nach Wirtschaftszweigen (Wirtschaftszweigstruktureffekt) auch veränderte Strukturen der Berufe innerhalb der Wirtschaftszweige (Berufsstruktureffekt) sowie veränderte Anteile betrieblich Ausgebildeter innerhalb der Berufe (Qualifikationsstruktureffekt) zugrunde. Sie sind somit Trendfortschreibungen, die — wie bereits dargelegt — neben den Entwicklungen im Westteil Berlins vor allem auch solche im alten Bundesgebiet sowie die Verhältnisse dort berücksichtigen. Insgesamt führen die Berechnungen zu einem Anstieg des Bedarfs an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften in Berlin um etwa 100 000 innerhalb von 15 Jahren, von rund 590 000 im Jahre 1995 auf 690 000 im Jahre 2010. Mehr als 40 vH des Bedarfs konzentriert sich auf die Kategorie der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe.

Für die ausgeprägte Zunahme von Verwaltungsberufen ist neben der allgemeinen auch eine innere Tertiarisierung — also die Hinwendung zu Dienstleistungstätigkeiten — innerhalb der Wirtschaftszweige verantwortlich. Allein dies hat eine Zunahme von etwa 11 000 betrieblich Ausgebildeten zur Folge. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß einfache Büro- und Verwaltungstätigkeiten wegen zunehmender Rationalisierung, besonders wegen des Einsatzes von

<sup>5</sup> Abgeleitet aus Manfred Tessaring: Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1994, S. 5-19.

<sup>6</sup> Im Westteil Berlins hat sich die Arbeitsplatzstruktur nach der Wende bis 1994 bereits derjenigen in den alten Bundesländern angenähert, ohne sie allerdings bislang erreicht zu haben. Vgl. Klaus-Peter Gaulke: Arbeitsplatzstruktur im Westteil Berlins seit der Vereinigung. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/96, S. 199 ff.

Tabelle 3

Bedarf an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften nach Berufen in Berlin von 1995 bis 2010

Berufskategorien	1995	2000	2005	2010	Veränderungen 2010 / 1995	
					in 1000	in vH
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	8,5	8,6	8,7	8,8	0,4	4,1
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	0,7	0,6	0,6	0,5	-0,2	-29,0
Keramiker, Glasmacher	0,6	0,5	0,4	0,4	-0,1	-25,9
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	2,3	2,2	2,0	1,9	-0,4	-16,3
Papierhersteller, -verarbeiter	1,1	1,1	1,0	1,0	-0,1	-5,5
Drucker	4,2	4,3	4,4	4,5	0,3	6,9
Holzbearbeiter	7,2	6,7	6,6	6,4	-0,8	-10,6
Metallerzeuger, -bearbeiter	6,8	5,8	5,3	4,8	-2,0	-29,2
Schlosser, Mechaniker, zugehörige Berufe	57,8	56,3	55,4	54,4	-3,5	-6,0
Elektriker	28,2	28,3	28,1	28,0	-0,2	-0,8
Textil-, Bekleidungsberufe	2,9	2,6	2,4	2,3	-0,6	-19,7
Lederhersteller, Leder-, Fellverarbeiter	0,8	0,7	0,7	0,6	-0,2	-29,4
Ernährungsberufe	15,4	16,4	17,7	19,1	3,7	24,3
Bauberufe (ohne Bauhilfsberufe)	29,7	31,0	30,8	30,6	0,9	3,0
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	7,2	7,9	8,2	8,6	1,3	18,7
Maler, Lackierer, verwandte Berufe	11,9	12,6	12,9	13,1	1,2	10,3
Techniker	34,1	35,4	36,9	38,3	4,1	12,0
Technische Sonderfachkräfte	8,2	8,7	9,3	9,9	1,7	20,9
Warenkaufleute	68,9	70,2	71,3	72,4	3,6	5,2
Dienstleistungskaufleute, zugeh. Berufe	31,0	33,7	36,7	39,7	8,8	28,3
Verkehrsberufe	4,9	7,3	9,7	12,1	7,2	146,3
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	201,3	213,1	227,7	242,9	41,6	20,7
Publizisten, Dolmetsch., Bibliothekare	1,1	1,2	1,4	1,5	0,5	44,9
Künstler und zugeordnete Berufe	2,6	3,1	3,5	4,0	1,4	55,3
Ärztliche Assistenz	22,0	24,6	27,7	31,1	9,1	41,3
Körperpfleger	7,9	8,7	9,7	10,8	2,9	37,2
Gästebetreuer	9,1	10,0	11,0	12,0	2,9	32,1
Hauswirtschaftliche Berufe	2,3	2,4	2,7	2,9	0,6	26,5
Reinigungsberufe	8,5	10,7	12,9	15,1	6,6	77,1
Sonstige Berufe	4,2	7,2	10,1	13,0	8,8	211,8
Insgesamt	591,4	621,7	655,9	690,9	99,6	16,8

Quelle: Schätzungen des DIW.

elektronischen Büromaschinen, durch höherwertige Arbeitsgänge ersetzt werden, die eine entsprechende Ausbildung voraussetzen. Der Anteil betrieblich Ausgebildeter in diesen Bereichen wird daher vermutlich steigen, von 63 vH im Jahre 1995 auf 72 vH im Jahre 2010. Diese Entwicklung erscheint insofern plausibel, als dieser Anteil bereits 1994 und 1995 im Durchschnitt der alten Bundesländer bei etwa 73 vH lag.

Bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen dürfte also ein Schwerpunkt des künftigen Fachkräftebedarfs liegen. Folgende Berufskomplexe rechnen zu dieser Kategorie: Informations- und Kommunikationsberufe sowie der größte Teil der übrigen „Büroberufe“, insbesondere Bürokaufleute, Industriekaufleute und solche der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft. Auch die beratenden Berufe der produktionsorientierten Dienst-

leister, wie Fachgehilfen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie Rechtsanwalts- und Notargehilfen, sind hier zu erwähnen. Die Schwerpunkte dürften bei den Bürokaufleuten und den Industriekaufleuten liegen.

Auch bei Dienstleistungskaufleuten und Verkehrsberufen, sowie bei ärztlicher Assistenz (Arztgehilfen/Arztgehilfer) und Reinigungsberufen sind Zunahmen des Bedarfs über den Ersatzbedarf hinaus wahrscheinlich. Das gleiche gilt — jedoch weniger stark — für Techniker und Ernährungsberufe. Für alle übrigen Berufskategorien gilt, daß über den normalen Ersatzbedarf hinaus keine oder keine wesentlichen Zusatzbedarfe zu erwarten sind. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß sich innerhalb der hier grob abgesteckten Kategorien einzelne Berufe als zukunftssträftig herausstellen können, auch wenn die Gesamtkategorie konstant bleibt oder sich sogar negativ entwickelt.

### Fazit

Die Projektion des künftigen Arbeitskräftebedarfs hängt von vielen Unwägbarkeiten ab. Die hier vorgelegte Schätzung des Arbeitskräftebedarfs soll dazu dienen, die Unsicherheit über die Zukunft wenigstens etwas zu reduzieren und — basierend auf plausiblen Annahmen — schließlich zu groben Vorstellungen über den Arbeitskräftebedarf in Berlin zu kommen. Die Ergebnisse eignen sich daher eher für Grobplanungen und weniger als Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen im Detail. Auch ist hier nichts darüber gesagt, ob und auf welche Weise der Bedarf gedeckt wird. Neben eigenen Ausbildungsanstrengungen ist auch ein „Import“ von Arbeitskräften vorstellbar, wobei nicht im einzelnen gesagt werden kann, in welcher Differenzierung und Qualität er erfolgt und inwieweit heimische Arbeitskräfte verdrängt werden. Dennoch dürfen die Ausbildungsanstrengungen in den meisten Berufen nicht nachlassen; besonders bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sind erhebliche zusätzliche Ausbildungsaktivitäten notwendig. Dabei sollte darauf geachtet werden, Ausbildungsgänge so zu gestalten, daß durch

sie ein breiteres Spektrum beruflicher Tätigkeiten ausgefüllt werden kann, um künftigen Qualifikationsanforderungen flexibel zu begegnen.

Da sich diese Untersuchung auf den Bedarf an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften konzentriert, muß daran erinnert werden, daß Bedarfe an Qualifikationen, die auch durch andere Ausbildungswege — etwa Berufsfachschulen (mit den Schulen des Gesundheitswesens) sowie Fachschulen, Fachhoch- und Hochschulen — erworben werden, eine bedeutende Rolle spielen. Sie müssen einer eigenen Untersuchung vorbehalten bleiben. Es kann als gesichert gelten, daß der Bedarf an gering oder nicht qualifizierten Arbeitskräften weiter abnimmt<sup>7</sup> und sich die Arbeitsmarktchancen derartiger Arbeitskräfte somit verringern werden. Dies stellt eine besondere Herausforderung an Politik, Verbände und gemeinnützige Organisationen dar.

---

<sup>7</sup> Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet mit einer Halbierung des Anteils beim Bedarf an Arbeitskräften ohne Ausbildungsabschluß von derzeit etwa 20 vH auf rund 10 vH im Jahre 2010. Vgl. Manfred Tessaring, a.a.O.

## Zahnärzte: Trend abnehmender Einkommen setzt sich fort

*In regelmäßigen Abständen analysiert das DIW die Entwicklung der Einkommen von niedergelassenen Zahnärzten. Trotz der Einsparbemühungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind die Ausgaben für zahnärztliche Behandlung und Zahnersatz im Jahre 1995 in Westdeutschland nochmals — um 5 vH — gestiegen; in Ostdeutschland sind sie dagegen um 6 vH gesunken. Kräftig steigende Betriebsausgaben und die zunehmende Zahl zugelassener Praxen haben dazu geführt, daß auch in Westdeutschland die Einkommen im Durchschnitt abgenommen haben. Informationsgrundlagen dieses Berichts sind Statistiken der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung<sup>1</sup>, des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung<sup>2</sup> sowie des Statistischen Bundesamtes<sup>3</sup>.*

### **Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung: Unterdurchschnittliche Zunahme bei zahnärztlichen Leistungen**

Als Ausgaben für die Gesundheit — neben Krankheitskosten auch Aufwendungen für vorbeugende Maßnahmen und Rehabilitation — weist das Sozialbudget für 1995 rund 410 Mrd. DM aus, fast 9 vH mehr als für das Jahr davor (Tabelle 1). Nach den Ausgaben für Alter und Hinterbliebene, die sich auf 38 vH der gesamten Sozialleistungen beliefen, machten die Gesundheitsaufwendungen mit 35 vH den zweithöchsten Posten des Sozialbudgets aus.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) — bei ihr sind 87 vH der westdeutschen und 96 vH der ostdeutschen Einwohner versichert — summierten sich 1995 auf 263 Mrd. DM (Tabelle 2); ihnen standen Einnahmen von 256 Mrd. DM (+8 vH) gegenüber. Wie in den frühen neunziger Jahren schreibt die Krankenversicherung wieder „rote Zahlen“ — das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992<sup>4</sup>, das 1993 und 1994 die Finanzentwicklung der GKV positiv beeinflusste, hat in kurzer Zeit an Wirkung verloren. Für das laufende Jahr wird unter status-quo-Bedingungen ein Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung in zweistelliger Milliardenhöhe befürchtet<sup>5</sup>.

Besonders kräftig expandierten die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1995 in beiden Teilen Deutschlands für Haushaltshilfen (+48 vH), für die häusliche Krankenpflege (+21 vH), für Kuren (+18 vH) — in den neuen Ländern waren die Ausgaben für Rehabilitationskuren 1995 um 48 vH, die Ausgaben für Mütterkuren um 45 vH, die Ausgaben für die übrigen Kuren um 32 vH höher als 1994 — und für das Krankengeld (+15 vH). Gestiegen sind auch die Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung, die nicht zu den Leistungsausgaben zählen. Stark rückläufig waren dagegen die Aufwendungen der GKV für schwerpflegebedürftige Personen; sie werden jetzt von der Pflegeversicherung getragen. Inwieweit sich die vom Gesetzgeber beschlossene Minderung des Krankengeldes<sup>6</sup> auf die Finanzlage der GKV auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Einsparpotentiale werden in größerem Umfang auch bei zahnärztlichen Leistungen gesehen, für die die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung 1995 gut 21 Mrd. DM

ausgaben, 3 vH mehr als im Jahr zuvor. Im alten Bundesgebiet sind diese Ausgaben um 5 vH gestiegen, in den neuen Ländern dagegen um 6 vH zurückgegangen. In Westdeutschland nahm insbesondere der Aufwand für Parodontalbehandlung (+10 vH) und Zahnersatz (+9 vH) zu, in Ostdeutschland sanken die Ausgaben für Kieferorthopädie (–12 vH) und Zahnersatz (–10 vH) sowie für konservierende und chirurgische Behandlung (–4 vH).

### **Weiter steigendes Angebot an zahnärztlichen Leistungen**

1995 ist die Zahl der niedergelassenen Zahnärzte<sup>7</sup> erneut gestiegen — in Westdeutschland jahresdurchschnittlich um 785 auf 38 390, in Ostdeutschland um 300 auf 10 630 Personen. Die Zunahme fiel erheblich schwächer aus als in den Jahren davor; Teile des Bundesgebietes gelten als mit Zahnärzten übersorgt<sup>8</sup> und sind für Neuzulassungen gesperrt. Einschließlich der Assistenzärzte, Praxisvertreter und im staatlichen Gesundheitswesen Tätigen belief sich die Zahl der Zahnärzte 1995 in West-

<sup>1</sup> KZBV Jahrbuch 96. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung.

<sup>2</sup> Arbeits- und Sozialstatistik (mehrere Jahrgänge); Bundesarbeitsblatt (mehrere Jahrgänge); Bernd Breier: Sozialbudget 1995. Neue statistische Ergebnisse. In: Bundesarbeitsblatt, Heft 3/1997, S. 5 ff. und S. 136 ff.

<sup>3</sup> Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1995, Hauptbericht.

<sup>4</sup> Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) vom 21. Dezember 1992. BGBl. I, S. 2266 ff.

<sup>5</sup> DOK, Nr. 3/1997, S. 66.

<sup>6</sup> Artikel 3 des Arbeitsrechtlichen Gesetzes zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz) vom 25. September 1996, BGBl. I, S. 1476 ff.

<sup>7</sup> Von Frauen werden in Westdeutschland rund ein Viertel, in Ostdeutschland drei Fünftel der zahnmedizinischen Praxen betrieben.

<sup>8</sup> § 101 5. Sozialgesetzbuch (SGB) — Gesetzliche Krankenversicherung — vom 20. Dezember 1988. BGBl. I, S. 2477 ff.

Tabelle 1

**Leistungen des Sozialbudgets nach Funktionen  
in Mrd. DM**

Jahr	Alter und Hinterbliebene	Gesundheit	Ehe und Familie	Beschäftigung	Übrige Funktionen <sup>1)</sup>	Zusammen <sup>2)</sup>	Nachrichtlich: Sozialleistungsquote <sup>3)</sup> in vH
1980	188,4	153,7	70,8	27,9	39,2	480,1	32,6
1985	231,5	192,3	74,0	44,0	36,9	578,6	31,7
1990	285,8	242,2	93,6	56,8	33,9	712,8	29,4
1991 <sup>4)</sup>	342,5	303,7	117,0	88,3	37,6	889,1	31,2
1992	380,4	344,5	131,8	107,4	41,6	1 005,9	32,7
1993	406,8	354,1	136,1	124,9	41,7	1 063,5	33,7
1994	426,3	377,3	139,7	124,4	43,8	1 111,4	33,5
1995	444,0	410,1	144,4	136,6	44,2	1 179,3	34,1

<sup>1)</sup> Sparen und Vermögensbildung, Wohnen, Folgen politischer Ereignisse, allgemeine Lebenshilfen. — <sup>2)</sup> Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — <sup>3)</sup> Leistungen des Sozialbudgets im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. — <sup>4)</sup> Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

*Quellen:* Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistik (mehrere Jahrgänge); Bernd Breier: Sozialbudget 1995. Neue statistische Ergebnisse, In: Bundesarbeitsblatt, Heft 3/1997, S. 5 ff. und S. 136 ff.; Berechnungen des DIW.

deutschland auf 47 500, in Ostdeutschland auf 12 400 Personen (Tabelle 3).

Der zahnärztliche Versorgungsgrad der Bevölkerung hat sich weiter erhöht. Teilten sich 1994 im alten Bundesgebiet rechnerisch 1 417 Einwohner und in den neuen Bundesländern 1 274 Einwohner das Wartezimmer eines Zahnarztes, so waren es 1995 nur noch 1 393 bzw. 1 250 Personen. Freilich gibt es regionale Unterschiede: In Berlin und Hamburg ist der zahnärztliche Versorgungsgrad der Bevölkerung besser als im Saarland und in Rheinland-Pfalz, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen günstiger als in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg.

Für die Zahnärzte bedeutet die Verbesserung des Versorgungsgrades der Einwohner, daß ihr Patientenpotential schrumpft. Mittelfristig ist das durchaus von Gewicht: 1980 hatte ein westdeutscher Zahnarzt im Durchschnitt noch fast ein Drittel mehr potentielle Patienten als 1995.

**Einnahmen aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit und Betriebsausgaben**

Die gesamten Einnahmen aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit — sowohl von Kassen- als auch von Privatpatienten (Mitglied einer privaten Krankenversicherung

Tabelle 2

**Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung  
in Mrd. DM**

Jahr	Stationäre Krankenhausbehandlung	Ärztliche ambulante Behandlung	Zahnärztliche Behandlung und Zahnersatz					Arzneimittel	Krankengeld	Sonstige Ausgaben	Zusammen <sup>1)</sup>
			Konservierend chirurgische Behandlung	Zahnersatz	Kieferorthopädie	Parodontalbehandlung und sonstige zahnärztliche Leistungen	Zusammen <sup>1)</sup>				
1980	25,2	15,4	3,9	7,4	1,3	0,3	12,9	12,6	6,7	17,2	89,8
1985	34,0	19,7	4,9	7,7	1,4	0,3	14,3	16,6	6,4	23,1	114,1
1990	44,6	24,4	6,4	4,8	1,3	0,4	13,0	21,8	8,8	29,0	141,7
1991 <sup>2)</sup>	57,1	30,1	8,7	6,8	1,5	0,5	17,5	28,5	11,3	38,6	183,0
1992	64,3	33,4	10,1	9,5	1,8	0,7	22,1	32,5	12,6	45,6	210,5
1993	68,5	35,1	10,0	6,1	1,7	1,1	19,0	27,5	13,0	48,7	211,8
1994	74,6	36,9	10,8	7,0	1,9	0,9	20,6	29,2	16,0	57,1	234,3
1995	77,5	38,5	10,9	7,4	1,9	1,0	21,2	31,4	18,4	75,9	262,8

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — <sup>2)</sup> Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

*Quellen:* Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistik (mehrere Jahrgänge); Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung: KZBV Jahrbuch 96, Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung.

Tabelle 3

**Zahl der Zahnärzte  
Jahresdurchschnitt**

Jahr	Nieder- gelassene Zahnärzte	Weitere behandelnd tätige Zahnärzte	Zusammen	Nachrichtlich: Einwohner je behandelnd tätigen Zahnarzt
1980	27 567	6 942	34 509	1 784
1985	29 689	6 943	36 632	1 666
1990	32 774	8 468	41 242	1 534
1991 <sup>1)</sup>	41 157	12 715	53 872	1 485
1992	43 918	11 552	55 470	1 453
1993	45 914	11 280	57 194	1 419
1994	47 935	10 765	58 700	1 387
1995	49 020	10 888	59 908	1 363

<sup>1)</sup> Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung: KZBV Jahrbuch 96. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung; Berechnungen des DIW.

sind 11 vH der westdeutschen und 2 vH der ostdeutschen Einwohner) — beliefen sich 1995 auf nicht ganz 33 Mrd. DM, 5 vH mehr als im Jahr zuvor (Tabelle 4).

Die Betriebsausgaben der niedergelassenen Zahnärzten nahmen um 8 vH auf 24 Mrd. DM zu; sie erhöhten sich im alten Bundesgebiet um 9 vH, in den neuen Ländern um 3 vH. In Westdeutschland sind die Ausgaben für Fremdlaborarbeiten (+12 vH) und die Materialausgaben (+11 vH), in Ostdeutschland die Personalkosten (+13 vH), die Zinsausgaben für Praxisdarlehen (+11 vH) und die Raumkosten (+9 vH) überdurchschnittlich stark gestiegen. Trotz beträchtlicher Gehaltssteigerungen lagen die Personalkosten je ostdeutsche Zahnarztpraxis 1995 um 45 vH, die Kosten je unselbständig Beschäftigten um 26 vH unter den Vergleichsbeträgen in Westdeutschland<sup>9</sup>. Der Unterschied resultiert daraus, daß in 100 westdeutschen Praxen neben dem Praxisinhaber durchschnittlich 530 Personen arbeiten, in 100 ostdeutschen Praxen aber nur 391.

Als Bruttoeinkünfte aus unselbständiger zahnärztlicher Tätigkeit (Überschuß der Einnahmen über die Betriebsausgaben) verblieben 1995 nicht ganz 9 Mrd. DM (-1 vH). In

<sup>9</sup> Die durchschnittlichen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Ostdeutschland lagen 1995 um 28 vH unter denen in Westdeutschland. Vgl. Weitere Annäherung der Arbeitseinkommen in Ost- und Westdeutschland — ostdeutsche Lohnstückkosten nach wie vor über Westniveau. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/1997, S. 119 ff.

Tabelle 4

**Einnahmen, Betriebsausgaben und Bruttoeinkünfte der niedergelassenen Zahnärzte**

Jahr	Einnahmen aus selbst- ständiger zahnärztlicher Tätigkeit	Betriebsausgaben								Einnahmen- überschuß (Brutto- einkünfte)
		Personal- ausgaben	Ausgaben für Fremd- labor- arbeiten	Material- ausgaben	Raum- kosten	Zinsen für Praxis- darlehen	Abschrei- bungen	Sonstige Betriebs- ausgaben	Zu- sammen <sup>1)</sup>	
in Mrd. DM										
1980	15,8	2,4	4,0	1,2	0,4	0,4	0,4	1,0	9,7	6,1
1985	18,3	3,4	4,5	1,0	0,6	0,5	0,7	1,4	12,1	6,2
1990	18,8	3,9	4,1	1,0	0,8	0,6	0,9	1,4	12,8	6,0
1991 <sup>2)</sup>	23,2	4,6	5,5	1,3	0,9	0,8	1,3	1,6	16,0	7,1
1992	28,9	5,4	7,8	1,5	1,1	1,0	1,7	2,0	20,4	8,5
1993	27,8	5,6	6,7	1,5	1,2	1,1	1,8	2,1	19,9	7,9
1994	31,0	6,2	7,7	1,6	1,3	1,1	1,9	2,4	22,0	9,0
1995	32,6	6,7	8,4	1,8	1,4	1,2	1,8	2,5	23,7	8,9
in DM je Praxisinhaber										
1980	574 200	88 100	143 300	44 600	14 900	12 700	13 400	34 800	351 900	222 400
1985	615 400	114 200	149 900	34 700	20 500	16 500	22 200	48 500	406 500	208 800
1990	572 700	119 900	124 200	31 700	24 700	19 200	27 500	42 400	389 600	183 100
1991 <sup>2)</sup>	563 500	112 000	133 900	31 100	22 800	19 200	31 100	39 600	389 700	173 700
1992	657 800	123 600	176 500	33 900	25 300	22 500	38 700	44 600	465 200	192 600
1993	604 800	121 300	145 500	32 500	26 400	22 900	38 600	46 000	433 000	171 800
1994	646 300	128 300	160 200	33 600	27 100	22 300	38 600	49 200	459 400	186 900
1995	664 400	136 100	171 400	35 900	28 400	23 700	37 500	50 600	483 500	180 900

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — <sup>2)</sup> Ab 1991 einschließlich neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung: KZBV Jahrbuch 96. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung; Berechnungen des DIW.

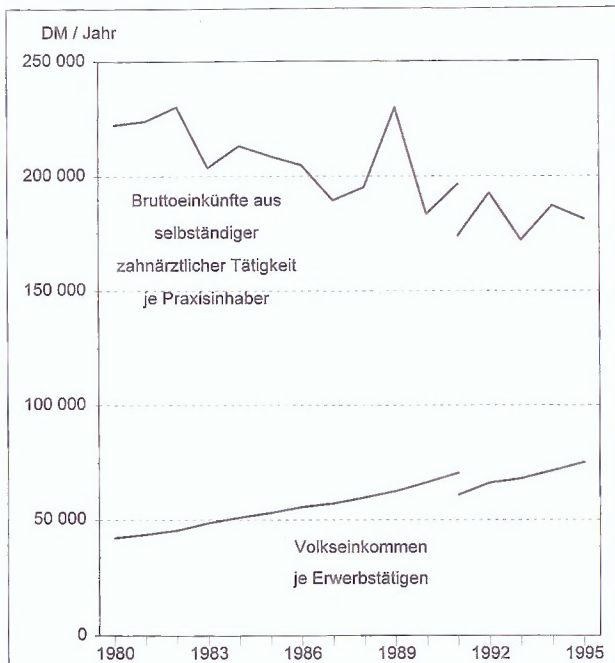
den alten Ländern fiel der Einnahmenüberschuß um knapp 1 vH, in den neuen Ländern um 3 vH niedriger aus als 1994.

Je Praxisinhaber betragen die Einnahmen 1995 rund 712 000 DM (Westdeutschland) bzw. 494 000 DM (Ostdeutschland); der Einnahmenüberschuß — vor Abzug von Einkommensteuer sowie Aufwendungen für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge — belief sich auf 192 000 DM (Westdeutschland) bzw. 142 000 DM (Ostdeutschland). Im Durchschnitt erzielte ein freiberuflich tätiger Zahnarzt in den neuen Ländern 74 vH der Einkünfte eines westdeutschen Berufskollegen — das war die gleiche Relation wie bei den Gehältern der in Zahnarztpraxen beschäftigten Arbeitnehmer. Faktisch sind die Abstände allerdings größer, weil die Zahnärzte in den neuen Ländern durchschnittlich über eine Stunde pro Woche länger arbeiten als ihre westdeutschen Kollegen.

In den letzten Jahren gab es bei den Durchschnittseinkünften der niedergelassenen Zahnärzte ein Auf und Ab. Mittelfristig ist aber ein abwärtsgerichteter Trend unübersehbar (Schaubild 1). So waren 1980 die Einkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit je Praxisinhaber noch fünfmal so hoch wie das Volkseinkommen je Erwerbstätigen; bis 1994 — dem letzten Jahr getrennter Volkseinkommensberechnungen für die alten und die neuen Bundesländer — ist dieses Verhältnis in Westdeutschland auf

Schaubild 1

**Bruttoeinkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit und Volkseinkommen**



<sup>1)</sup> 1991 Gebietssprung durch Einbeziehung der neuen Bundesländer.

Quellen: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung; KZBV Jahrbuch 96. Statistische Basisdaten zur

vertragszahnärztlichen Versorgung; Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1995, Hauptbericht. DIW 97

Tabelle 5

**Niedergelassene Zahnärzte 1995 nach der Höhe ihrer Bruttoeinkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit Jahresdurchschnitt**

Einnahmenüberschuß (Bruttoeinkünfte) von ... bis unter ... DM	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
Zahl			
unter 50 000	5 221	1 478	6 699
50 000 ... 100 000	5 413	2 604	8 017
100 000 ... 150 000	6 104	2 392	8 496
150 000 ... 200 000	6 603	1 658	8 261
200 000 ... 250 000	4 223	1 105	5 328
250 000 ... 300 000	3 609	670	4 279
300 000 ... 350 000	2 572	330	2 902
350 000 ... 400 000	1 612	244	1 856
400 000 ... 450 000	1 113	96	1 209
450 000 ... 500 000	691	21	712
500 000 oder mehr	1 229	32	1 261
Zusammen <sup>1)</sup>	38 390	10 630	49 020
Anteile in vH			
unter 50 000	13,6	13,9	13,7
50 000 ... 100 000	14,1	24,5	16,4
100 000 ... 150 000	15,9	22,5	17,3
150 000 ... 200 000	17,2	15,6	16,9
200 000 ... 250 000	11,0	10,4	10,9
250 000 ... 300 000	9,4	6,3	8,7
300 000 ... 350 000	6,7	3,1	5,9
350 000 ... 400 000	4,2	2,3	3,8
400 000 ... 450 000	2,9	0,9	2,5
450 000 ... 500 000	1,8	0,3	1,5
500 000 oder mehr	3,2	0,3	2,6
Zusammen <sup>1)</sup>	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Quellen: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung; KZBV Jahrbuch 96. Statistische Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung; Berechnungen des DIW.

das Zweieinhalbfache geschrumpft, in den neuen Ländern belief es sich im gleichen Jahr auf reichlich 3:1. Bei einem solchen Einkommensvergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß freiberuflich tätige Zahnärzte (wie fast alle Selbständigen) einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge aufwenden.

**Einkommenschichtung der niedergelassenen Zahnärzte**

Wie bei Selbständigen in anderen freien Berufen<sup>10</sup> gibt es auch bei den niedergelassenen Zahnärzten eine beträchtliche Streuung der Einkommen; sie ist im alten Bundesgebiet (noch) höher als in den neuen Ländern (Tabelle 5).

<sup>10</sup> Vgl. Das Einkommen der Freiberufler in Westdeutschland. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/1995, S. 642 ff.

Für 28 vH der westdeutschen und 38 vH der ostdeutschen Zahnärzte verblieben 1995 nach Abzug der Betriebsausgaben von den Praxiseinnahmen Bruttoeinkünfte von bis zu 100 000 DM. Die Hälfte der Praxisinhaber erreichte Einkünfte von maximal 170 000 DM (Westdeutschland) bzw. 126 000 DM (Ostdeutschland). 58 vH der Zahnärzte in den alten und 57 vH der in den neuen Ländern blieben mit ihren Einkünften unter den genannten Durchschnittsbeträgen von 192 000 DM (Westdeutschland) bzw. 142 000 DM (Ostdeutschland). Knapp ein Fünftel der westdeutschen und 7 vH der ostdeutschen Zahnärzte erzielten Bruttoeinkünfte von mehr als 300 000 DM.

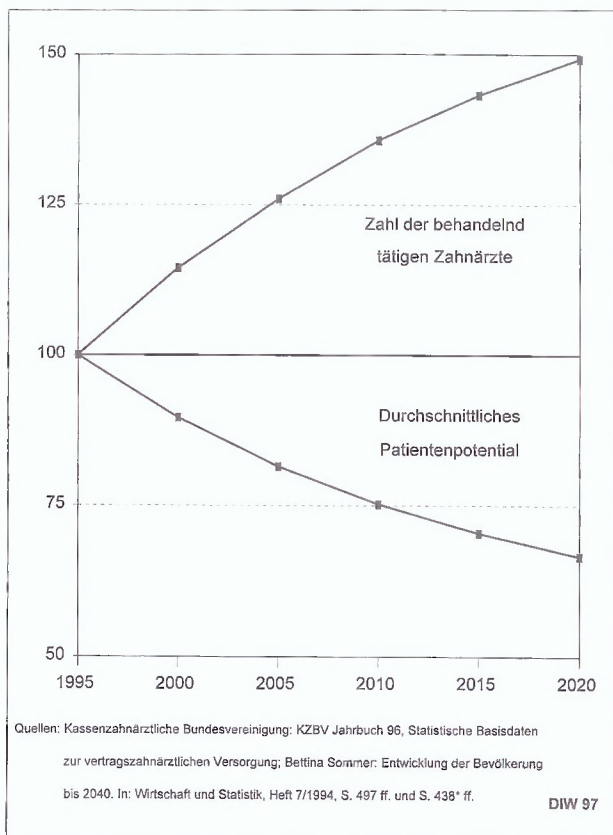
Gegenüber 1994 ist es in der Einkommensschichtung der freiberuflich tätigen Zahnärzte zu Verschiebungen gekommen. In beiden Teilen des Landes hat die Besetzung im unteren Einkommensbereich erneut abgenommen. Nach der durch das Gesundheitsstrukturgesetz initiierten „Niederlassungswelle“ zum Jahreswechsel 1992/93 — Mediziner, die bis Ende Januar 1993 die Zulassung als Vertragspartner der gesetzlichen Krankenversicherung beantragten, unterlagen noch nicht den strengen Zulassungsbeschränkungen, die mit dem Gesetz eingeführt wurden — hatte sich der Anteil der Zahnärzte mit Bruttoeinkünften von unter 50 000 DM im alten Bundesgebiet fast verdoppelt und auch in den neuen Länder beträchtlich erhöht. In den letzten Jahren konnten nun offenbar viele der Berufsneulinge ihre finanzielle Lage verbessern und in den Bereich mittlerer Einkommen aufsteigen. Einige Spitzenverdiener unter den Zahnärzten mußten Einkommenseinbußen hinnehmen: Bruttoeinkünfte von mehr als 500 000 DM erzielten 1995 in Westdeutschland 1 229 (1994:1 467), in Ostdeutschland 32 (1994:41) Angehörige dieser Berufsgruppe.

### Ausblick

Angesichts hoher Defizite in der gesetzlichen Krankenversicherung sind weitere Einsparungen auch im zahnärztlichen Bereich wohl unvermeidlich. Allerdings soll dies zum Teil auf sozialpolitisch bedenkliche Art und Weise geschehen. So werden aufgrund des Beitragsentlastungsgesetzes<sup>11</sup> Versicherten, die 1979 oder später geboren sind, seit Beginn dieses Jahres in der Regel keine Zuschüsse zur zahnärztlichen Versorgung mehr gezahlt. Dies ist eine deutliche Verschlechterung in der zukünftigen Versorgung dieser Menschen seitens der GKV; bei der Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen dürfte deshalb die Bedeutung der privaten Absicherung zunehmen. Im Anschluß an das vom Bundestag beschlossene, im Bundesrat jedoch abgelehnte GKV-Weiterentwicklungsgesetz<sup>12</sup> wird nun zwischen Koalition und Opposition um zwei neue Vorlagen gerungen. Mit dem 1. GKV-Neuordnungsgesetz<sup>13</sup> sind höhere Zuzahlungen der Versicherten für Arznei- und Heilmittel sowie eine stärkere Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten für Zahnersatz vorgesehen, wenn ihre Krankenkasse den Beitragssatz anhebt;

Schaubild 2

Zahl der behandelnd tätigen Zahnärzte und durchschnittliches Patientenpotential (1995 = 100)



doch soll es Ausnahmeregelungen geben und den Versicherten freigestellt werden, in eine andere Kasse zu wechseln. Mit dem 2. GKV-Neuordnungsgesetz<sup>14</sup> schließlich soll die zahnärztliche Versorgung aus dem Vertragsverhältnis zwischen Arzt und Krankenkasse herausgelöst werden; vorgesehen ist, die Leistungen künftig zwischen Zahnarzt und Patient abzurechnen. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung hat die geplante Rechtsänderung begrüßt.

<sup>11</sup> Artikel 2 des Gesetzes zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen KV (Beitragsentlastungsgesetz — BeitrEntlG) vom 1. November 1996. BGBl. I, S. 1631 ff.

<sup>12</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Weiterentwicklungsgesetz — GKVWVG) vom 30. Januar 1996. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/3608.

<sup>13</sup> Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-Neuordnungsgesetz — 1. NOG) vom 8. Oktober 1996. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/5724.

<sup>14</sup> Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen KV (2. GKV-Neuordnungsgesetz — 2. GKV-NOG) vom 12. November 1996. Deutscher Bundestag, Drucksache 13 / 6087.

Die Einsparungen der Krankenkassen bei zahnärztlichen Leistungen werden die Einkommensentwicklung der niedergelassenen Zahnärzte negativ beeinflussen. In dieselbe Richtung weist die in den nächsten Jahrzehnten weiter steigende Zahl von Zahnärzten. Folgt man der mittleren Variante der Prognose des Instituts für Gesundheits-System-Forschung, dürfte im Jahr 2020 die Zahl künftiger Approbationen anderthalbmal so hoch sein wie 1995 (Schaubild 2). Die Bevölkerungszahl wird zwar auch in den kommenden Jahren zunächst steigen, später aber wieder abnehmen — bei „mittlerer“ Einschätzung des Zuwanderungsüberschusses<sup>15</sup> dürfte sie im Jahre 2020 um

500 000 Personen geringer sein als fünfundzwanzig Jahre zuvor. Treffen die prognostizierten Entwicklungen ein, so wird das durchschnittliche Patientenpotential im Jahre 2020 um ein Drittel geringer ausfallen als zur Mitte dieses Jahrzehnts. Inwieweit dabei Änderungen in der Bevölkerungsstruktur kompensierende Auswirkungen auf die Einkommensentwicklung haben werden, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen.

---

<sup>15</sup> Variante 2 der achten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200  
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de/>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,  
Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

*Arbeitskräftebedarf nach Berufen und betrieblicher Berufsausbildung in Berlin bis zum Jahre 2010.* Bearbeitet von Klaus-Peter Gaulke. —  
*Zahnärzte: Trend abnehmender Einkommen setzt sich fort.* Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304